

24.08.2016

PRO & CONTRA: Initiative «Grüne Wirtschaft» – Chancen und Gefahren für Landwirtschaft

Die Initiative für eine «Grüne Wirtschaft» ist umstritten. Der Graben der Befürworter und Gegner zieht sich diesmal auch quer durch die Schweizer Landwirtschaft. Auch der Schweizer Bauernverband scheint sich schwer zu tun mit einem klarem Stellungsbezug. Zwar

hat die Landwirtschaftskammer im Frühjahr die Nein-Parole gefasst, aber dann auf eine aktive Kommunikation dieser verzichtet. Deshalb entgegnet hier Rolf Büttiker vom Schweizer Fleisch-Fachverband der Befürworterin Maya Graf. *rab*

Zukunft für Landwirtschaft sichern



Die Bauernfamilien wissen, dass die Grundlage ihrer täglichen Arbeit gesunde Lebensgrundlagen sind. Dies sichert nicht nur unser täglich Essen, sondern auch dasjenige künftiger Generationen. Genau dies schlägt die Grüne-Wirtschafts-Initiative für unsere

Verschwendung. Es geht um sinnvollen Wandel statt Verzicht. Um den Wettbewerb an Lösungen statt Verbote.

Die Landwirtschaft ist von natürlichen Ressourcen abhängig. Bauernfamilien, welche erneuerbare Energie produzieren, auf Energieeffizienz setzen und die Kreislaufwirtschaft kennen, haben Vorteile und Sicherheit. Der Hofdünger würde wieder vermehrt als wertvolle Ressource erkannt. Das Phosphorrecycling stärkt die Unabhängigkeit vom Ausland bei immer knapper werdenden Düngestoffen. Das Schweizer Rapsöl gerät immer mehr durch Palmöl unter Druck. Minimalstandards bei Import von umweltschädigenden Rohstoffen helfen konkurrenzfähig zu bleiben. Auch die Schweizer Holzwirtschaft profitiert, denn sie muss sich gegen illegalen Holzimport absichern können, sonst hat sie Exportprobleme.

Ich bin überzeugt, die Bauernfamilien lassen sich von der unbegründeten Angstkampagne der Fleischbranche nicht beirren. Sie legen ein Ja zur Grünen Wirtschaft in die Urne.

*Maya Graf,
Nationalrätin (Grüne BL)
Biobäuerin*



Was sich die hinter dem eher harmlosen Titel «Grüne Wirtschaft» verbirgt, ist nichts anderes als ein weiterer Versuch radikaler Kreise, der Bevölkerung Umweltziele schmackhaft zu machen, die extremste staatliche Zwangsmassnahmen erfordern. So ist die angestrebte

KONTRA

Reduktion des Ressourcenverbrauchs der Schweiz um rund zwei Drittel bis ins Jahr 2050 über Effizienzgewinne alleine nicht zu machen. Vielmehr wären gravierendste Auswirkungen auf unser aller Lebensstandard die Folge, und die Existenz vieler Unternehmen und Wirtschaftszweige würde aufs Massivste gefährdet. Wohl geflissentlich verschweigen die Initianten, dass sich die Schweiz dank freiwilligem Engagement schon heute regelmässig an der Spitze der internationalen Nachhaltigkeitsrankings findet. Auch würden die durch die Initiative bedingten Zwänge nur innerhalb, nicht aber ennet der

Landesgrenze Anwendung finden, was einer relativen Verarmung der Schweiz gegenüber dem Ausland gleichkäme. Konkret stünden schmerzlichste Einschnitte bei den Lebensmitteln, der Mobilität und dem Wohnen in unser aller Alltag an, was noch mehr Bevormundung und noch mehr Einschränkung in unseren Freiheitsrechten bedeuten würde! Welch verheerende Auswirkungen gerade der zu erwartende Anstieg der Lebensmittelpreise im Inland auf den Einkaufstourismus hätte, sei an dieser Stelle nur angetönt. Mit dem Fokus auf Fleisch wäre zudem die Demontage eines der letzten der noch wirklich funktionierenden Märkte innerhalb der Schweizer Landwirtschaft vorprogrammiert, denn die angekündigte Anhebung der Fleischpreise, allenfalls durch die Einführung einer nebst der Versteigerung weiteren Fleischsteuer, lässt nichts Gutes erahnen. Die Initiative verdient dem Parlament, dem Bundesrat und der Parole des Schweizer Fleisch-Fachverbandes folgend ein klares und deutliches Nein!

*Rolf Büttiker, Präsident
Schweizer Fleisch-
Fachverband*

PRO

Wirtschaft vor und wird dabei von vielen Unternehmen unterstützt.

Sie teilen das Ziel, bis 2050 nachhaltig und ressourceneffizient zu wirtschaften. Der Bedarf für eine verbesserte Ressourcenpolitik ist unbestritten. Bundesrat und auch der Schweizer Bauernverband haben sich daher als Gegenorschlag für ein modernes Umweltgesetz eingesetzt. Leider vergeblich.

Die Grüne-Wirtschaft-Initiative setzt auf bewährte Schweizer Rezepte: Freiwilligkeit, Subsidiarität und Wirkungseffizienz. Sie will mehr Recycling statt Abfall, mehr Effizienz statt